

Lösch, Dieter

Article — Digitized Version

## Das Dilemma mit der 'sozialen Gerechtigkeit'

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Lösch, Dieter (1999) : Das Dilemma mit der 'sozialen Gerechtigkeit',  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 79, Iss. 9, pp. 516-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40438>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**A**ls vor zehn Jahren die Ungarn den Stacheldraht ihres Grenzzauns durchschnitten, war dies der Anfang vom Ende des „Sozialismus“. In der Folgezeit entschieden sich alle Länder des ehemaligen Ostblocks, die Planwirtschaft aufzugeben. Überall waren jedoch die an die Übernahme der Marktwirtschaft geknüpften Erwartungen bezüglich der Möglichkeit, im Hinblick auf Wirtschaftskraft und Wohlstand binnen weniger Jahre mit dem Westen gleichzuziehen, derart optimistisch, daß die Enttäuschung vorprogrammiert war. Dies galt in besonderem Maße für die ehemalige DDR, deren Bürger das Ausmaß der eigenen ökonomischen Rückständigkeit gewaltig unterschätzten und die von den Bedingungen für den bewunderten westdeutschen Wohlstand viel zu rosige Vorstellungen hatten.

Vor der Wende konnten die Ostdeutschen nicht wissen, daß ihr im Vergleich zu den sozialistischen „Bruderländern“ höherer Lebensstandard teils aus westdeutschen Transfers (Transitpauschale, Gefangenenerkauf, Mindestumtausch usw.), teils aus der von Schalck organisierten Westverschuldung resultierte. Auch heute wissen oder glauben viele Ostdeutsche nicht (was sie in dem Papier für Egon Krenz über die ökonomische Lage der DDR vom 27. 10. 1989 nachlesen könnten), daß 1989 diese Verschuldung ein Ausmaß erreicht hatte, daß „die Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden“ mußten und selbst die erwogene „Senkung des Lebensstandards um 25-30%“ die DDR nicht vor dem Bankrott bewahrt hätte. Erst recht will man heute lieber gar nicht erst wissen, daß die „Vollbeschäftigung“ im Sozialismus nicht Ausdruck von dessen Stärke, sondern ein Symptom seiner Schwäche war. Denn in einer Wirtschaft, in der alles knapp ist, weil die Betriebe systembedingt nicht den Output, sondern den Input zu maximieren trachten, ist auch der Faktor Arbeit knapp. Schließlich wehrt man sich dagegen, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Effizienz der Sozialen Markt-



Dieter Lösch

## Das Dilemma mit der „sozialen Gerechtigkeit“

wirtschaft, von der man inzwischen gut lebt, primär dem Wettbewerb zu verdanken ist, also dem von der Konkurrenz ausgehenden „brutalen“ Leistungsdruck in der „Ellbogengesellschaft“.

In der Tat mag es schwer fallen, sich klar zu machen, daß Wohlstand nicht vom Himmel fällt, wenn man die gegenteilige Erfahrung gemacht hat und einem dies mit Rücksicht auf die „Befindlichkeit“ nicht einmal vorgehalten wird. So ist es nicht verwunderlich, daß in den neuen Ländern Schuldzuweisungen und Versprechungen auch heute noch auf ungewöhnlich fruchtbaren Boden fallen. Wenn aber angesichts der nun schon fast das halbe Jahrzehnt anhaltenden Stagnation des wirtschaftlichen Aufholprozesses der neuen Länder im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ die Forderung erhoben wird, endlich die völlige Angleichung der Löhne an das Westniveau zu realisieren, wird es unumgänglich, auf die unerbittlichen ökonomischen Sachzwänge hinzuweisen, die den deutschen Einigungsprozeß von Anfang an bestimmt haben und die nicht einfach hinweg dekretiert werden können.

1990 gab es zu einer kräftigen Anhebung der Einkommen und sofortigen Verbesserung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern durch massive Transfers kei-

ne Alternative. Dem östlichen Teil Deutschlands war der Weg, den die mittelosteuropäischen Länder einschlagen mußten, auch dann versperrt, wenn die DDR einen solchen hätte gehen wollen. Allenfalls kann man darüber streiten, ob es nicht besser gewesen wäre, den Anpassungsprozeß der Einkommen mit Rücksicht auf die absehbaren Beschäftigungsprobleme zeitlich zu strecken. Dann hätten die neuen Länder im Vergleich zur alten Bundesrepublik heute vielleicht erst ein Einkommensniveau von 70 anstatt 90%, dafür aber wäre dann die Arbeitslosigkeit möglicherweise bei unter 10 statt bei fast 18% und der Aufholprozeß hätte wohl nicht so stark an Dynamik eingebüßt. Die Unzufriedenheit wäre sicher die gleiche oder gar noch größer!

Die weitgehende und rasche Angleichung der Einkommens- und Lebensverhältnisse in Deutschland durch massive Transfers von West nach Ost war also ebenso unvermeidlich wie die Folgen unausweichlich: Als Kehrseite der „blühenden Landschaften“ – saubere Umwelt, farbige Innenstädte, sanierte Infrastruktur und hoher Konsumstandard - blieb Ostdeutschland eine strukturschwache Region. Deren hohes Lohnniveau bei niedriger Produktivität bedingt um rund 25% höhere Lohnstückkosten im Osten als in Westdeutschland und damit enorme Nachteile im Standortwettbewerb. Und wenn in zwei bis drei Jahren mit der Osterweiterung der EU an den ostdeutschen Grenzen diejenigen Länder auf den Plan treten werden, die den Wandel aus eigener Kraft geschafft haben, werden sich diese Nachteile noch entschieden zuspitzen. Wer in dieser Lage im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ fordert, die Angleichung bei den Löhnen und Renten jetzt zu vollenden, nimmt in Kauf, daß eine solche Politik den seit Jahren stagnierenden Aufholprozeß der neuen Länder bei der Angleichung von Produktion und Produktivität zumindest bremsen, wenn nicht gar umkehren könnte, und aus weiten Teilen Ostdeutschlands dauerhafte Problemgebiete machen würde.